

1221 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP

Bericht des Verkehrsausschusses

über den Antrag 527/A(E) der Abgeordneten Mag. Thomas Barmüller und Genossen betreffend flankierende Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr

Dem gegenständlichen, am 10. Juli 1997 eingebrachten Entschließungsantrag ist folgende Begründung beigegeben:

“Für die Verkehrssicherheit sind neben rechtlichen Normen deren Akzeptanz und ihre Kontrolle von wesentlicher Bedeutung. Diese drei Faktoren können lediglich gemeinsam das tatsächliche Verhalten der Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr bestimmen. Ordnungspolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr sind deshalb nur in Verbindung mit einem allseitigen Problem- und Verantwortungsbewußtsein, einer breiten Akzeptanz und einer begleitenden Kontrolltätigkeit wirksam. Deshalb sind flankierend zu sämtlichen legislativen Aktivitäten entsprechende Maßnahmen der Aufklärung und Überwachung zu setzen.

Folgerichtig haben deshalb alle parlamentarischen Fraktionen gefordert, daß bestehende und zukünftige Grenzwerte effizient und gezielt zu kontrollieren sind.”

Der Verkehrsausschuß hat den gegenständlichen Antrag in seiner Sitzung am 25. November 1997 erstmals in Verhandlung genommen und beschlossen, einen Unterausschuß zur Vorbehandlung der Anträge 528/A und 527/A(E) einzusetzen.

Diesem Unterausschuß gehörten seitens der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion die Abgeordneten Gabriele **Binder**, Helmut **Dietachmayr**, Josef **Edler**, Franz **Hums**, Rudolf **Parnigoni** und Winfried **Seidinger**, vom Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Ernst **Fink**, Karlheinz **Kopf**, Mag. Helmut **Kukacka**, Johann **Kurzbauer** und Dipl.-Vw. Dr. Dieter **Lukesch**, vom Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs die Abgeordneten Mag. Reinhard **Firlinger**, Franz **Lafer**, Hermann **Mentil** und Peter **Rosenstingl**, vom Parlamentsklub Liberales Forum der Abgeordnete Mag. Thomas **Barmüller** und vom Grünen Klub die Abgeordnete Dr. Gabriela **Moser** an. An die Stelle des Abgeordneten Peter **Rosenstingl** trat nach dessen Ausscheiden aus dem Unterausschuß die Abgeordnete Dr. Susanne **Preisinger**; an die Stelle des Abgeordneten Hermann **Mentil** nach dessen Ausscheiden aus dem Nationalrat der Abgeordnete Ing. Walter **Meischberger**.

Bei der Konstituierung am 25. Februar 1998 wurde Abgeordneter Rudolf **Parnigoni** zum Obmann, Abgeordneter Mag. Helmut **Kukacka** zum Obmannstellvertreter und der Abgeordnete Peter **Rosenstingl** zum Schriftführer gewählt. Am 6. Mai 1998 wurde Abgeordneter Franz **Lafer** zum Schriftführer gewählt.

Dem Unterausschuß wurde vom Verkehrsausschuß in seiner Sitzung am 15. Mai 1998 noch die Vorbehandlung der Anträge 618/A der Abgeordneten MMag. Dr. Madeleine **Petrovic** und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 (StVO) geändert wird, 694/A der Abgeordneten Peter **Rosenstingl** und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Führerscheingesetz, BGBl. I Nr. 120/1997, geändert wird, und 714/A der Abgeordneten Mag. Thomas **Barmüller** und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Führerschein (Führerscheingesetz – FSG 1997), BGBl. I Nr. 120/1997, in der Fassung BGBl. I Nr. 2/1998 geändert wird, sowie 762/A der Abgeordneten Mag. Helmut **Kukacka**, Rudolf **Parnigoni** und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Führerscheingesetz (BGBl. I Nr. 120/1997) geändert wird, übertragen.

2

1221 der Beilagen

Der Unterausschuß hat Sitzungen am 25. Februar, 21. April, 6. Mai, 4. und 9. Juni 1998 abgehalten und seinen Beratungen Experten beigezogen.

Ein Einvernehmen konnte im Unterausschuß nicht erzielt werden.

Der Verkehrsausschuß hat den vom Obmann des Unterausschusses erstatteten Bericht in seiner Sitzung am 9. Juni 1998 entgegengenommen.

Bei der Abstimmung fand der Antrag 527/A(E) nicht die Mehrheit des Ausschusses.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Verkehrsausschuß somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1998 06 09

Franz Hums

Berichterstatter

Rudolf Parnigoni

Obmann

Die Sitzung am 21. April 1998 diente zur Behandlung der Themenschwerpunkte "Internationale Entwicklungen in Fragen der Verkehrssicherheit" und "Verkehrsinfrastrukturverbesserungen", die Sitzung am 6. Mai 1998 zur Behandlung des Themenschwerpunktes "Fahrbeeinträchtigungen durch Drogen und Medikamente; Fußgänger und Kinder", die Sitzung am 4. Juni 1998 zur Behandlung des Themenschwerpunktes "Verbesserung der Verkehrssicherheitskontrolle und Rechtsprechung der Gerichte".